



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hagen, Maximilian von: Bismarcks Stellung zum Auswanderungsproblem

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

daß die Zeit noch nicht reif war für Hebbel. Ob wir es heute sind, wer will es wissen? Vielleicht liegt gerade darin die Bedeutung der großen Führer der Menschheit, daß wir nie ganz reif für sie werden, d. h. daß wir nie voll das ausschöpfen können, was sie uns gegeben haben. Aber dessen dürfen wir gewiß sein, daß heute das Hebbelverständnis von Jahr zu Jahr zunimmt. Eine Vertiefung in seine politische Tätigkeit bedeutet auch darin einen Schritt vorwärts, und ich meine einen bedeutenden Schritt, weil hier die vielfach als egoistisch verschrieene Persönlichkeit in ihrem aufrechten, klaren und mannhaften Eintreten für das Allgemeinwohl uns so sympathisch wird.



Bismarcks Stellung zum Auswanderungsproblem*)

Von Maximilian von Hagen in Berlin



Bismarck war von jeher ein Gegner „jeder Art von Auswanderung“. Ihre „krankhafte Beförderung“ in den ersten Jahren des Reiches hatte er nur mit seiner Unterschrift gedeckt, weil er damals, solange er Delbrück zum national-ökonomischen Gewissensberater hatte, der Frage noch nicht die nötige Aufmerksamkeit hatte schenken können. Ein Deutscher, der sein Vaterland wie einen alten Rock abstreift, hatte für ihn kein landsmännisches Interesse mehr.***) Er sah in seiner Auswanderung einen förmlichen Verrat am Vaterlande, den er als landsässiger Patriot, dem die Liebe zur Scholle angeboren war, unbegreiflich finden mußte. Er war darum gar nicht neugierig zu wissen, wie es Menschen geht, die den Staub des Vaterlandes abgeschüttelt haben.***) Daß „Landflüchtige“ auch noch Schutz und Vertretung ihrer Interessen zu fordern wagten, empörte seinen männlichen Stolz. Denn er hielt noch 1890 (nach den Hamburger Nachrichten)†) die Auswanderung nicht etwa für ein Bedürfnis, sondern nur für unruhigen Geist, für soziale Unzufriedenheit und echt deutsche Undankbarkeit gegen das Vaterland, die Leute, die es lieb hätten, nicht in den Sinn kommen könne. Seine Intoleranz erklärte sich auch aus seiner mit der da-

*) Zur Literatur vgl. außer den allgemeinen Darstellungen zur Geschichte Bismarcks vor allem: A. Böhling, Bismarck als Nationalökonom, Wirtschafts- und Sozialpolitiker, Leipzig 1908; G. Brodnyk, Bismarcks nationalökonomische Anschauungen, Jena, 1902; L. Zeitlin, Fürst Bismarcks sozial-, wirtschafts- und steuerpolitische Anschauungen, Leipzig 1902; K. Herfurth, Fürst Bismarck und die Kolonialpolitik, Berlin 1909.

***) Neben (Ausgabe von Kohn) X 208.

***) Poschinger, Bismarck-Portefeuille I 28.

†) Benzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung I 42.

maß populären national-ökonomischen Ansicht übereinstimmenden Überzeugung, daß die Auswanderung dem Heimatlande in nationaler und ökonomischer Beziehung nur „Kräfte entziehe“*), während sie dem Einwanderungslande reiche Vorteile zuführe. Er berechnete, daß der Auswanderer, ganz abgesehen von den Kosten der Auswanderung, eine Summe von Erziehungskapital dem Mutterlande entzöge**). Daß der Auswanderer auch einen positiven Nutzen für die verlassene Heimat bedeuten kann, daß er nach dem Worte des Horaz mit dem Klima nicht die Gefinnung zu wechseln braucht***), daß die Nationalgefinnung eines Volkes nicht in äußerlicher politischer Abhängigkeit besteht, sondern (nach Schillers Definition) in der Ähnlichkeit und Übereinstimmung seiner Meinungen und Neigungen bei Gegenständen, über die eine andere Nation anders denkt†), daß schließlich der Auswandererspruch „ubi bene, ibi patria“ nach Wilhelm Meißner auch gedeutet werden kann: „Wo ich nütze, ist mein Vaterland“, all das würde Bismarck niemals zugegeben haben.

Darum hatte er von jeher der Auswanderung nur widerwillig die notwendige staatliche Unterstützung angebeihen lassen und in der Reichsverfassung die mit Recht „selbstmörderisch“ genannte Verfügung getroffen, daß der Auswanderer nach zehnjähriger Abwesenheit von der Heimat seine Staatsangehörigkeit verliere. Je intensiver er sich aber mit der Frage befassen mußte — und dieser Zwang trat erst ein, als sie im Zusammenhang mit der Schutzoll- und Kolonialbewegung staatliche Berücksichtigung erforderte —, um so bewußter schränkte er die Auswanderung ein im Sinne des ominösen von der Heydt'schen Reskripts vom 3. November 1859, das den nach Brasilien Abwandernden seinen Schutz entzog, weil diese dort in ungesundes Klima und in ein sklavenähnliches Abhängigkeitsverhältnis gerieten. Kategorisch erklärte er daher: „Auswanderer sind vom nationalen Standpunkt als Überläufer anzusehen. Die Betätigung eines Interesses für dieselben seitens des Staates ist unpraktisch, und die dahin gerichteten Bestrebungen sind nur durch das geringe Maß von nationalem Selbstgefühl der Deutschen zu erklären“††). Charakteristisch hierfür ist ein Erlaß vom 15. Oktober 1873, der den staatlichen Organen verbot, auswandernden Deutschen die Unterstützung des Reiches zu gewähren, die nur seinen Angehörigen zukomme und nicht denen, die freiwillig aufgehört hätten, es zu sein†††); ebenso einer vom 20. Mai 1881, der als Richtschnur für die staatliche Auswanderungspolitik angibt, die Auswanderung nicht zu erleichtern, sondern eher, wenn auch nicht auf dem Wege der Preßion, zu erschweren und auf jeden Fall allen staatlichen

*) Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, N. F. 44. Stuttgart 1905.

***) Man hat das von Auswandernden der Heimat entzogene Kapital auf durchschnittlich 600 Mark, das Erziehungskapital auf 2250 Mark berechnet.

****) Vgl. S. Lange, „Erinnerungen aus dem Sachsental“, Halle 1912, S. 31.

†) Vgl. auch Rohrbach, „Der deutsche Gedanke in der Welt“, Düsseldorf 1912, und H. Goeniger, „Das Deutschtum im Ausland“, Leipzig 1913.

††) Poschinger, „Stunden bei Bismarck“, Wien 1910, S. 87.

†††) Poschinger, „Altstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck“ I 189.

Aufwand dafür zu vermeiden*). Aufgabe des Reiches war nach seiner Ansicht „nicht die Beförderung der Auswanderer, sondern der deutschen Reederei, die damit zu tun hat“**). Trotzdem behinderte er deren Aufgabe, indem er seinem Handelsminister Hvenplitz gestattete, deutsche Auswanderer nicht mehr zu Vorzugspreisen auf den Eisenbahnen nach den Seestädten befördern zu lassen: eine Maßregel, die in der reinamerikanischen, aber auch in der deutschamerikanischen Presse vom „Norden und Süden“ die größte Entrüstung hervorrief — weil der Yankee Deutschlands Geld, Fleiß und Arbeitsfönn nicht entbehren wollte, der Deutschamerikaner die militär-despotische Beschränkung der Freiheit bitter empfand, die die Jugend zum Heeresdienste anhielt und nicht „nach Amerika laufen lassen will“***). Bei reinverständnismäßiger Betrachtung der Frage aber blieb jeder Auswanderer für Bismarck „nicht mehr wie jeder Ausländer, Gegenstand der Fürsorge des Reiches, d. h. in den Grenzen christlicher Menschenliebe wie jeder Fremde“.

Von diesem einseitigen national-politischen Standpunkt kam Bismarck zu den denkbar starren national-ökonomischen Theorien, die er im Reichstag mit Hartnäckigkeit bis zur äußersten Konsequenz verfocht, wobei er nicht selten durch Widerspruch gezwungen wurde, Kompromisse und Konzessionen zu machen, die dem Gegenteil seiner anfänglichen Behauptungen nicht unähnlich waren. Mit machiavellistisch-sophistischer Benutzung aller Argumente, die er dabei in der Hitze des Gefechtes sich auch aus dem Lager der Opposition zu nehmen nicht scheute (woraus ihm freilich oft genug nur zu leicht ein Strick gedreht werden konnte), suchte er solange wie möglich seine vom Praktischen ausgehenden Anschauungen, manchmal bis ins Doktrinäre gesteigert, festzuhalten, dadurch nur immer mehr in das Gewebe des Widerspruchs bis zur Flucht in die parlamentarische Umwertung aller Werte sich verwickelnd. Seine im Reichstag über Auswanderung viermal geäußerten Gedanken †), deren Lektüre auch als Beispiel für seine parlamentarische Kampfweise interessant ist, müssen daher im folgenden im Zusammenhang betrachtet und in ihren Widersprüchen bloßgelegt werden, wenn man über sie klar werden will. Man befindet sich dabei oft in einem circulus vitiosus, aus dem man nur mit philologischer Akribie herauskommt. Der Eindruck, den man beim genauen Lesen gewinnt, als sei sich Bismarck über das Problem nie ganz klar geworden, mag hierbei etwas verstärkt hervortreten. Sicherlich ist es ungerechtfertigt, mit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 28. Juli 1882 seinen Anschauungen restlos beizustimmen.

* * *

*) Poschinger, „Bismarck-Portefeuille“ a. a. O.

**) Poschinger, „Deutsche Revue“ 35, 1910, S. 341.

***) Curtius, „Schloezzer“, Berlin 1912, S. 107 f.

†) Vgl. die Reden vom 8. März 1879, 14. Juni 1882, 26. Juni 1884 und 8. Januar 1885.

Bismarck sah die Auswanderung als ein nationales Unglück an, dessen Ursachen er beseitigen wollte, um das Übel an der Wurzel zu treffen. Er gab schließlich zu, daß sie — was sie in der Tat ist*) — die Folge von tausend Gründen sein könne und daß seine Anschauungen nur für Deutschland paßten, d. h. für das Deutschland, das er regierte und in dem er eben keine Auswanderung wünschte. Die gewöhnlichen Motive wie Übervölkerung infolge starker Geburtenüberschüsse, politische, wirtschaftliche oder soziale Depression, wollte er in Deutschland nicht anerkennen; vor allem nicht die Übervölkerung, die lange Zeit für die wahre Triebkraft des Wanderns galt. Nach seiner Ansicht hat Deutschland genügend Raum für alle Volksgenossen und für drohende Übervölkerung hinreichend so menschenleere Gegenden wie Rußland, das jahrzehntelang neben Amerika das beliebteste Auswanderungsgebiet war. Die Bevölkerungstatsachen im nordöstlichen Deutschland, wie in Westpreußen, Mecklenburg, Pommern, Posen und den baltischen Provinzen belehrten ihn vielmehr**), daß gerade in den wenig bevölkerten Landstrichen die Auswanderung am größten sei, während in den überbevölkerten industriellen Bezirken besonders des Westens kaum von ihr die Rede sein könne. Da er aber nicht bedachte, daß in Industriegegenden dieser Zustand selbstverständlich ist, solange die Arbeit lohnt, daß er aber bei schlechten wirtschaftlichen Konjunkturen nicht bestehen bleibt, weil den Arbeitern gewöhnlich die Ersparnisse und die Kraft und Lust zur Feldarbeit fehlen***), mit der der Auswandernde im neuen Lande gewöhnlich zu rechnen hat, so konnte er zu der Behauptung gelangen, daß nur in agrarischen Landstrichen, in denen der Überschuß der Bevölkerung nicht genügende Arbeits- und Erwerbsebene finde, die Auswanderung in Betracht käme. So kam es, daß er schließlich die Auswanderung der Industriearbeiter, die er früher als eine Folge mangelnden Schutzes der nationalen Arbeit angesehen hatte, vollständig ausschaltete, als sie in das durch die Kolonialpolitik neu geschaffene Schema seiner Ideen nicht mehr paßte†).

Seitdem wurde die Auswanderung für Bismarck der Ausgangspunkt für die Rechtfertigung seiner Schutzpolitik und ihrer „Segnungen“. War er anfangs, als er noch die Auswanderung von industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitern im Auge hatte, soweit gegangen, den Freihandel konsequent für das

*) Vgl. Mohrbach, „Deutschland unter den Weltvölkern“ (Große Ausgabe), 2. Aufl., Berlin 1908, S. 324, vor allem Mönckmeier, „Die deutsche überseeische Auswanderung“, Jena 1912, und das „Handbuch des Deutschtums im Ausland“.

**) Reden X 209, 387.

***) Fabri, „Fünf Jahre deutscher Kolonialpolitik“, Gotha 1889, S. 133 ff.

†) Reden X 348 drückt er sich wieder vorsichtiger aus: Die Auswanderung sei aus den landwirtschaftlichen Provinzen am zahlreichsten, aus den industriellen, die infolge der früheren Schutzzölle „in den günstigen Verhältnissen noch imstande“ sind, sich und andere zu ernähren, geringer. (Ich halte die Kohlsche Konjektur „in günstigen Verhältnissen und noch imstande“ für falsch. Bismarck war sich offenbar seines dunklen Gedankenganges bewußt und ließ durch die ursprüngliche Form des stenographischen Berichts den weiteren Spielraum.)

ganze Unheil verantwortlich zu machen, so erklärte er jetzt eine solche aus landwirtschaftlichen Gebieten lediglich aus einer mangelhaften Entwicklung der Industrie daselbst infolge mangelnden Schutzes der nationalen Arbeit. Schon am 8. März 1879 hatte er die Freihändler, die von dem Schutzzoll eine Verstärkung der Auswanderung prophezeit hatten, auf die oben angedeuteten Bevölkerungstatistiken aufmerksam gemacht. Jetzt ging er soweit, den Spieß herumzudrehen und in dem Schutzzoll sogar eine Abwehr der Auswanderung zu sehen, für deren Höhe er der Freihandelsära die Schuld gab.

Der Mangel an Schutzzöllen hat nach Bismarcks Ansicht die Auswanderung verschuldet. Denn dieser habe ein Sinken der heimischen Getreidepreise infolge der unbeschränkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt und damit den Rückgang der Landwirtschaft — „das größte nationale Unglück“, das Deutschland nach seiner festen Überzeugung treffen könnte*) — zur Folge. Auch stehe er der Entwicklung einer kaufkräftigen Industrie im Wege, die allein der Landwirtschaft unter die Arme greifen, ihr den lokalen Absatz ihrer Produkte ermöglichen und dagegen ihre Objekte eintauschen könne. Wo dieser Mangel nicht vorhanden ist, wo Industrie und Landwirtschaft sich gegenseitig durchdringen, da glaubte er das Gleichgewicht der verschiedenen Erwerbs- und Arbeitszweige hergestellt und damit die Voraussetzungen für die Auswanderung aufgehoben**). Den Reichstagsabgeordneten, die von der Postdampfervorlage eine Steigerung der Auswanderung vorhergesagten, konnte er aus diesem Gedankengang heraus die These entgegenstellen, daß gerade der Export und die Förderung einer sicheren Handelsverbindung ein Mittel sei, die Auswanderung zu hindern***) und daß er als geschworener Feind der Auswanderung nie die Vorlage befürworten würde, wenn er nicht von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugt sei.

Eine weitere Ursache der ländlichen Auswanderung, die er allein noch berücksichtigte, sah er in der „törichtem“ Abschaffung der Erbpacht vom 2. März 1850, die als Folge der Bauernbefreiung in Preußen dem bäuerlichen Mittelstand den Erwerb eines für seine Familie ausreichenden Gutes unmöglich mache und zur Auswanderung nach Amerika verführe, wo er billigere Bedingungen für den Kauf einer Hufe vorfände. Dann maß er dem Druck der direkten Steuern, wie vor allem der preußischen Klassensteuer (die er am 12. Juni 1882 eine barbarische Einrichtung nannte, wie sie nur noch in Rußland und in der Türkei bestehe), aber auch der Grundsteuer, der Kommunalabgaben und Kreislasten, die dem Landwirt die Ausbeutung seiner Scholle erschwerten, eine große Bedeutung für die Auswanderung bei. Außerdem gab er zu, daß der lange und schwere Militärdienst, namentlich für die Intellektuellen unter den Männern, ein Grund sei, das Vaterland zu verlassen. Zuletzt aber waren es für ihn psychologische Momente, die für die „Landflucht“ in Betracht kamen: die Unsicherheit

*) Reden X 274.

***) ebenda 397.

****) ebenda 209.

der Existenz des Landarbeiters, der bei Überfluß an Arbeitskräften und dem Mangel an einer nahegelegenen Industrie*) für seine Tätigkeit ein genügendes Feld und keine entsprechende Gegenleistung findet und daher im Ausland seiner Wünsche Erfüllung sucht, die besseren Aussichten auf Glück und Abenteuer, auf Vorwärts- und Höherkommen, wie sie ihm in der Heimat bei der vorgezeichneten Laufbahn des Agrariers verschlossen sind, endlich die allerhand Arbeits-, Erwerbs- und Zukunftsmöglichkeiten, die seiner dort harren und die es nur zu versuchen gilt, um das Vorbild derer zu erreichen, die dabei gewonnen haben.

Nach diesem Bilde sind es also die „dürftigen“ und unzufriedenen Leute, die aus ihrer Heimat auswandern. In Amerika finden sie was sie suchen: Schutz jeder Arbeit, auch des Getreidebaus, gegen fremde Konkurrenz und gegen Rudimente des Freihandelsystems durch wirksame Zölle, Befreiung von der direkten Steuerschraube und die Möglichkeit leichten und billigen Landerwerbes.***) Aus dieser Überzeugung heraus sprach sich Bismarck auch vor einer Abordnung deutscher Kriegsveteranen aus Nordamerika am 30. August 1895 sehr lobend über die im Verhältnis zu anderen Auswandererländern günstige Lage der dortigen Deutschen aus.***)

Nach einem anderen Bilde aber sind es nicht „die an den heimischen Verhältnissen Verzweifelnden“, sondern nur die Wohlhabenderen unter den Arbeitern, die auswandern. Der Schutzzoll hat dann die Auswanderung „unter Umständen“, wie Bismarck zugibt, gesteigert, angeblich dadurch, daß er „mehr Leute in den Stand gesetzt hat, auswandern zu können“. Diesen völligen Widerspruch erkannte auch Bismarck und das Mißliche seiner Lage erklärt uns genügend seine Gereiztheit gegen andersdenkende Reichstagsabgeordnete, die seinem wirtschaftlichen Evangelium nicht Beifall zollten. Aber er nahm kein Wort zurück, geriet immer tiefer in den Sumpf eines parlamentarischen Jesuitismus und formulierte die an sich unbestreitbare Tatsache, daß Menschen, die nicht einmal das Geld zur Überfahrt auf dem Zwischendeck besitzen, nicht auswandern können, dahin, daß nur die wohlhabenden Leute — ein freilich auch nach unten sehr dehnbare Begriff — nur die privilegierten Arbeiter, die etwas verdienen, die besseren, die etwas zurückgelegt haben, auswanderten, während die paupers in Amerika abgewiesen, eventuell zurückgeschickt würden. Er bewies diese Behauptung durch eine amtliche französische Publikation, die feststellte, daß die Auswanderung in den wohlhabenden unteren Pyrenäen-Departements am größten sei, weil die glücklichen Verhältnisse zu Abenteuern verlockten, sowie durch den Hinweis auf die gesteigerte Auswanderung der siebziger Jahre, wo man im Golde schwamm. Außerdem überschätzte er wohl die Kosten der Auswanderung, wenn er sie auf 1000 Mark veranschlagte: eine Summe, die für

*) Poschinger, Altentstücke I 192.

**) Reden X 347 ff.

***) Reden XIII 451.

einen Mann der unteren Stände allerdings ein „kleines Vermögen“ bedeuten würde, die aber damals, als Amerika den Einwanderern noch keine Bedingungen hinsichtlich des mitzubringenden Kapitals vorschrieb, sicher nicht Regel war. Ein andermal unterschied Bismarck vorsichtiger, aber doch konsequent zwischen Auswanderern, die das Geld noch dazu haben und solchen, die es schon dazu haben.*) Dem Vorwurf, daß die Auswanderung seit dem Schutzzoll von 1879 um das Fünffache zugenommen habe, begegnete Bismarck mit der These: das sei nur ein Beweis für die Tatsache, daß der Schutzzoll seine Wirkung auf die Industrie getan habe. In der steigenden Auswanderungsziffer sah er schließlich den genauen Maßstab für das Steigen unseres Wohlstandes: je besser es uns geht, desto höher ist sie, nach seiner jetzigen Theorie, während in den Zeiten des Freihandels, der wirtschaftlichen Anämie, die Leute das Geld für die Überfahrt und den Ankauf drüben angeblich nicht erschwingen konnten. Man kann nach alledem den treffenden Scherz seines englischen Biographen**) nicht oft genug wiederholen: „Der Fürst hätte mit demselben Recht hinzufügen können, daß die Zeit der Selbstmorde in Deutschland ebenfalls mit der materiellen Wohlfahrt des Reiches Schritt hält, da nur Wohlhabende sich die erforderlichen Rasiermesser, Stricke, Pistolen und Gifte kaufen können, während den Armen dies nicht möglich ist.“

Der Widerspruch der Bismarckschen Auswanderungsanschauungen erreicht hiermit den Höhepunkt. Hatte Bismarck bisher die Industrie glücklich ausgeschlossen und nur die Auswanderung der Landarbeiter der Erwähnung und Erwägung wert gefunden, so machte er, als ihm der Abgeordnete Dirichlet eine Falle stellte, eine geschickte Schwenkung und demonstrierte an der gesteigerten Auswanderung den künftigen günstigen Einfluß des Schutzzolls auf die Industrie und den Wohlstand des Landes: dabei hatte er noch am 14. Juni 1882 behauptet, daß die Auswanderung nur eine unglückliche Folge des Freihandelsystems sei, der die Industrie heruntergedrückt und erstickt habe!

Es war verhängnisvoll, daß mit seiner neuen Theorie wieder seine Abneigung gegen die Auswanderung in die neuen Kolonien stark kontrastierte. Denn es ist kaum anzunehmen, daß er die wohlhabenden und sparsamen Arbeiter für den „Auswurf der Nation“ hielt, der für die jungen Kolonien erst recht nicht taugt. Die Reichstagsabgeordneten erhoben diesen Einwand zwar nicht; sie würden aber den Altreichskanzler, der sich so ungern mit Theorien abgab, der aber durch Widerspruch gereizt, konsequent bis zum Fanatismus werden konnte, vielleicht noch zu extremeren Anschauungen verleitet haben — wenn er es nicht vorgezogen hätte, sich zähneknirschend für besiegt zu erklären, mit der Entgegnung, die er bei einer boshaften Zwickmühle Dirichlets gebrauchte: er verbitte sich, auf jedes Wort festgenagelt zu werden.

*) Reden X 367.

**) Charles Lowe, „Prince Bismarck“, London 1885, II 207.

Nach diesem Hin und Her der Meinungen ist es schwer, zu entscheiden, welche die Bismarck eigene und welche die ihm durch die Verfolgung ihrer Konsequenzen abgerungene ist. Sicher bleibt, daß er ein Feind der Auswanderung war und erst durch den von ihm geschaffenen Zusammenhang mit seiner Handelspolitik in unklare Vorstellungen geriet. Eine Kritik derselben erübrigt sich fast, da man immer zwei entgegengesetzte Programme an den Tatsachen messen müßte. Es sei nur angedeutet, daß seine Definition, Auswanderungen erreichten nicht in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, sondern wirtschaftlicher Blüte ihren Höhepunkt, zwar durch die Wissenschaft bestätigt und auch durch die Geschichte zu beweisen ist, daß aber gerade in Deutschland in der auf Bismarck folgenden Caprivischen Periode seines größten wirtschaftlichen Aufschwunges die Auswanderung beträchtlich zurückging. Mit dieser Tatsache bewahrheitete sich andererseits auch die Konzeßion, die Dirichlets Widerspruch Bismarck abnötigte, daß ein Rückgang der Auswanderung nicht immer ein Beweis für den Rückgang der Wohlhabenheit sei.

* * *

Die staatliche Förderung oder Organisation der Auswanderung konnte Bismarck als Reichskanzler unterlagen und verhindern, und sein mächtiges Wort, das die amtliche Vernachlässigung dieser wichtigen Frage befahl, schuf hier unhaltbare Zustände, deren Abstellung von allen unterrichteten Patrioten lebhaft befürwortet wurde. Die Auswanderung selbst aber konnte er damit nicht aus der Welt schaffen, wenn auch seine Absicht war, ihre Ursachen durch eine Wirtschafts- und Finanzreform zu beseitigen. Denn nach seiner Überzeugung würden Schutzzölle und Aufhebung der direkten Steuern die Sehnsucht nach Ländern schwinden lassen, in denen dieser Zustand vorhanden war. Bismarck übersah dabei aber, daß die hohen amerikanischen Arbeitslöhne, wie schon der Abgeordnete von Kardorff am 8. Januar 1895 betonte, und die Aussicht auf selbständigen billigen Landbesitz neben der Übervölkerung die eigentlichen Triebkräfte zur Auswanderung waren. Beide konnte er in Deutschland nicht hervorzaubern: die Arbeitslöhne hängen nicht mehr von nationalstaatlicher Regulierung, sondern von internationalen Konjunkturen ab, wobei die Gesetze von Angebot und Nachfrage und nicht die sozialpolitischen Wünsche einzelner Länder entscheiden; die Erhebung des bäuerlichen Mittelstandes aber würde eine tiefgreifende Agrarreform erfordert haben, wobei der Staat mit dem Widerstand der weitesten Kreise zu rechnen gehabt hätte.

Wohl sah Bismarck selbst ein, daß „Deutschland mehr Kinder produziert als es gebrauchen kann“*) und daß ein gewisser volkswirtschaftlicher Gewinn darin läge, wenn eine Menge der überschüssigen Kräfte von den Gymnasien und höheren Schulen in Kolonien Verwendung finden könnte, die sie in Deutsch-

*) Poschinger, „Bausteine zur Bismarckpyramide“, Berlin 1904, S. 100.

land im Laufe der Zeit vielleicht immer weniger haben würde. Eine Versorgung und Erhaltung dieser Kräfte im nationalen Sinne mußte also auch ihm nur durch eine rationelle Kolonialpolitik lösbar erscheinen, weil diese allein den politischen Zusammenhang zwischen Auswanderern und Mutterland erhalten kann. Aber gerade die leidigen Auswanderungsfragen drängte Bismarck im Verfolg seiner Kolonialpolitik in den Hintergrund. Er brachte damit die Kolonien für lange Zeit in Verruhm, und es ist darum kein Wunder, wenn noch heute unsere Schutzgebiete von Heimatgenossen fast leer sind.

Freilich hat die Verhinderung einer Masseneinwanderung in die neuen Kolonien infolge der ablehnenden Haltung Bismarcks viel Unheil verhütet, zumal die Auswanderungslust dorthin anfangs sehr groß war. Wurden doch bald nach der ersten Kunde über die Schutzklärungen die Eroberer mit Gesuchen um Anstellungen in den neuen Schutzgebieten überhäuft, die sie klugerweise zurückwiesen. Denn tatsächlich war eine Auswanderung dorthin erst möglich, nachdem eingehende Forschungen über die Lebensbedingungen dieser damals fast unbekanntem Gebiete stattgefunden hatten.

Für die Kolonien also war Bismarcks Auswanderungspolitik, die man geradezu einen Schutz Zoll auf Kolonialpolitik nennen könnte, kein Unglück. Im allgemeinen aber war seine einseitige Behandlung der nach den altherkömmlichen Siedlungsgebieten auswandernden Deutschen auf die Dauer unhaltbar. Die Auswanderung läßt sich durch staatliche Mittel wohl mildern, vielleicht auch zurückdrängen, aber niemals gänzlich verhindern. Wenn ein Grund dafür beseitigt ist, entstehen andere Ursachen, Umstände und Zufälligkeiten, die den Wandertrieb anstacheln, der an sich eine germanische Charaktertatsache ist. Auch hat der Staat kaum die Berechtigung, jede Verbindung mit den Auswandernden zu lösen und sie ihrem Schicksal bei der Überfahrt und in der neuen Heimat zu überlassen; er muß sie vielmehr — was auch die neueste Gesetzgebung über die Reichszugehörigkeit anerkennt — durch seine Konsuln gegen Ausbeutung schützen, die ihnen nur zu oft droht, und sollte auch ihr Fortkommen überwachen und fördern. Bismarck aber überließ die Auswanderer sich selbst oder den Gesellschaften, die sich zu ihrer Beförderung und Unterstützung allenthalben in den Tagen der kolonialen Bewegung gebildet hatten. Er befand sich mit dieser Laisser faire-Politik im ärgsten Gegensatz zu seiner staatssozialistischen Schutz Zoll- und Kolonialpolitik, und bewies damit nur, daß er in all diesen Fragen kein einheitliches Programm hatte, sondern nur nach opportunistischem Gutdünken und nach persönlichen Gefühlen urteilte. Wenn irgendwo, so wird an dieser Frage die Bedeutung der Individualität für die Geschichte deutlich. Bei der Schutz Zoll- und Kolonialpolitik ließ er sich von der höheren Macht wirkender Kräfte tragen und gab ihnen nur Ziel und Richtung, in der Auswanderungspolitik aber blieb er mit starrer Konsequenz hier liberal, dort konservativ: manchesterlich in der unserem kosmopolitischeren Nationalbewußtsein von heute unbegreiflichen Unbekümmertheit um das Schicksal von Tausenden,

die jährlich das Vaterland mit einer neuen Heimat vertauschten, am liebsten reaktionär in der staatlichen Kontrolle der Auswanderer. Beide Extreme sind unangebracht. Weder das passive Verhalten gegen Volksgenossen, deren Nationalcharakter erhalten werden soll, noch das repressive Vorgehen gegen Leute, die tausend Gründe zwingen können, die Heimat zu verlassen, ist dabei am Platze. Bismarck war zu alt, um hier noch umlernen und seinen altpreussisch-nationalen Gesichtspunkt dem weltpolitischen vermählen zu können.



Ziele und Ergebnisse der Naturschutzbewegung

Von Julius R. Haarhaus in Leipzig



ie Ausbreitung der Kultur, die Zunahme der Bevölkerung und das daraus entspringende Bestreben, jeden Erdenfleck und jeden Wasserlauf dem Menschen nutzbar zu machen, haben eine Umgestaltung der Erdoberfläche hervorgebracht, die nicht ohne tiefgehende Einwirkung auf den landschaftlichen Charakter, auf Pflanzen- und Tierwelt fast aller von Menschen bewohnten Gebiete unseres Planeten geblieben ist. Allenthalben herrscht das Nützlichkeitsprinzip: Ödlandflächen werden unter den Pflug genommen, Feldgehölze und Hecken gerodet, urwüchsigte Wälder in gleichförmige, nüchterne Forstbestände umgewandelt, Ströme und Flüsse reguliert, Wildwässer gebändigt, Quellen gefaßt, Moore und Sümpfe trockengelegt. Immer weiter greifen die Steinlabyrinth der Großstädte in die freie Natur hinein, immer enger spinnt sich das Netz der Schienenwege und Straßen über das weite Land, stille Gebirgstäler verwandeln sich in Staubecken, und wie die Technik immer tiefer in den Schoß der Erde dringt, so fressen Spitzhacke und Dynamit immer größere Scharten in die Konturen der Berge. Zu diesen mechanischen Einwirkungen gesellen sich mancherlei chemische. Wie der Rauch der Großstädte die Luft, so verpesten die Abwässer der Industrie die Flüsse, und mit den künstlichen Düngemitteln der modernen Landwirtschaft dringen fremde Stoffe in die Ackerkrume.

In demselben Maße, wie die Kultur sich ausbreitet, gehen Pflanzen- und Tierwelt zurück. Zahlreiche Arten, die vor zwei oder drei Jahrzehnten noch häufig waren, sind selten geworden oder ganz verschwunden, und der einseitigen und dabei meist auf irrigen Anschauungen beruhenden Hervorkehrung des Nützlichkeitsprinzips in Landwirtschaft und Jagdbetrieb fallen alljährlich weitere zum Opfer.